

# Sächsisch-Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt zu Bad Schandau und des Finanzamtes Sebnitz. Gemeindeverbands-Konto: Bad Schandau 36 — Bankkonto: Dresdner Bank Zweigstelle Schandau — Postcheckkonto: Dresden Nr. 333 27



Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingießhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Nichtenhain, Mittelndorf, Ostau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtshaus, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähr, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele — Verantwortlich: R. Koflerapper

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis halbjährlich ins Haus gebracht 90 Gold-Mark, für Selbstabholer 80 Gold-Mark. Einzelnummer 10 Gold-Mark. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor

Anzeigenpreis (in Goldmark): die 7 gespaltene 35 mm breite Zeile 15 Pfg., für auswärtsige Auftragsgeber 20 Pfg., 35 mm breite Reklamezeile 80 Pfg., tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt den Bezahler nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Vorerstattung der Zeitung

Nr. 288 Bad Schandau, Mittwoch, den 10. Dezember 1924 68. Jahrg.

## Für eilige Leser.

- \* Das Reichskabinett tritt unter Vorsitz des Kanzlers zusammen, um sich über die nach der Reichstagswahl notwendigen Schritte schlüssig zu werden.
- \* Reichswirtschaftsminister Hamm legt sein Amt nieder, um einen Posten in der Industrie zu übernehmen.
- \* In England wurde die erste Sitzung des neuen Parlaments mit einer Thronrede eröffnet.

## Für und wider.

Nun hebt das große Rätselraten wieder an: wie wird die neugebildete Regierung aussehen?

Man kann theoretisch erklären, der Ausgang der Wahlen bedeute ein Vertrauensvotum für die Außenpolitik des Kabinetts Marx. Aber schließlich ist nicht einmal ganz sicher, ob sich die Außenpolitik des Reichskanzlers schon mit der des Reichsaußenministers deckt. Schon vor dem Wahlkampf haben sich nämlich besonders in der Frage des Eintritts in den Völkerbund sowie der Notifizierung des deutschen Protestes gegen unsere Schuld am Kriege tiefgehende Differenzen gebildet, die von außen her noch erweitert worden sind. Vor allem aber sind die Ergebnisse des Wahlkampfes auch entscheidend für die Innenpolitik des Kabinetts und hier haben gerade besondere Überlegungen zur Auflösung des Reichstages und zur Neuwahl gedrängt, wobei die weitgehende Stärkung der Mitte, der Trägerin der bisherigen Regierung, nicht erzielt worden ist. Denn die Deutschnationalen, gegen deren Forderung, an der Regierung beteiligt zu sein, sich der Wahlkampf gerichtet hat, sind um eine Anzahl Mandate stärker in den Reichstag zurückgekehrt als sie ihn verlassen haben.

Wahrscheinlich wird das Kabinett Marx nach dem parlamentarischen Gebrauch seinen Rücktritt erklären. Denn es ist klar, daß das Kabinett auf alle Fälle sich eine feste parlamentarische Mehrheit schaffen muß; bei den drängenden politischen Aufgaben der nächsten Zeit ist ein solcher fester parlamentarischer Unterbau notwendig. Er kann nur geschaffen werden durch eine Neu- oder Umbildung des Kabinetts.

Obwohl im Wahlkampf eine auch nach außen hin sichtbare Scheidung der Geister in den verschiedenen Bannerfarben „die Schwarz-Weiß-Not — die Schwarz-Not-Gold“ obwaltete, wird darüber gesprochen, einen Teil jener Gruppe für die Regierungsbildung zu gewinnen, die unter dem Schwarz-Weiß-Not in den Wahlkampf hineinmarschierte. Das ist die Deutsche Volkspartei, die für eine große Koalition bis zur Sozialdemokratie (Volkspartei, Zentrum, Demokraten, Sozialdemokraten) in Frage gezogen wird. Damit wäre für ein Kabinett der großen Koalition zwar eine feste parlamentarische Mehrheit gegeben, — aber in einem solchen Kabinett würde natürlich die zahlenmäßig stärkste Partei, nämlich die Sozialdemokratie, die ja über ebenso viele Mandate verfügt wie die drei anderen großen Parteien zusammengenommen, zweifellos die Führung haben. Das macht ein Mitgehen der Deutschen Volkspartei äußerst fragwürdig. Aber auch wenn die Führung beim Zentrum in diesem Falle, also wohl bei Marx, bleiben würde, so ist die Zusammenarbeit der Deutschen Volkspartei mit der Sozialdemokratie gerade im Hinblick auf jene nächsten politischen Aufgaben, besonders in der Steuerfrage und in den Fragen der Regelung des Arbeitsvertrages, von nicht gerade großer Wahrscheinlichkeit, abgesehen davon, daß die Deutsche Volkspartei im Hinblick auf ihr bisheriges Verhalten den Deutschnationalen gegenüber kaum wohl die bisherigen Wahlkampfgesinnungen verlassen wird.

Denkbar ist auch ein Fortbestehen der bisherigen Koalition mit einer stillschweigenden Unterstützung durch die Linke, — aber schließlich wäre auch das nur ein Dedname für die Wirklichkeit, nämlich für die große Koalition. Auch ein Spiel mit wechselnder Mehrheit ist schon deswegen nicht möglich, weil die Deutschnationale Volkspartei das nicht mitmachen würde; und zwar ohne Rücksicht auf den vorliegenden Einzelfall. Theoretisch wäre vielleicht auch möglich ein Links-Block vom Zentrum bis zur Sozialdemokratie, der aber keine Mehrheit darstellen würde, zu seinem Bestehen vielmehr auf eine stillschweigende Unterstützung oder Duldung durch die kommunistische Partei angewiesen wäre.

Reibt der Gedanke des Bürgerblocks. Die Parteien von den Deutschnationalen bis Zentrum einschließlich Bayerischer Volkspartei und Wirtschaftspartei würden eine parlamentarische Mehrheit darstellen und würden vielleicht eine gewisse einheitliche politische Linie haben, — bloß ist das große Fragezeichen, wie sich das Zentrum verhalten wird. Ist eine große Koalition nicht zu verwirklichen, bleibt, eine Koalition wie unter Kanzler Wirth vom Zentrum bis Sozialdemokratie gleichfalls eine Unmöglichkeit, wäre ein Bürgerblock nicht zu bilden, hebt sich bei jeder Kombination das Für und Wider auf, so stände man wieder vor einem großen Fragezeichen.

## Eröffnung des englischen Parlaments

London, 9. Dezember. An der feierlichen Eröffnung des Parlaments in Gegenwart des Königs und der Königin nahmen zahlreiche Botschafter mit ihren Frauen, die ihre Kronen trugen, teil. Das diplomatische Korps und viele andere ausländische Gäste waren anwesend. Nach Beendigung der Zeremonie begab sich der König und die Königin zum Buckinghampalast zurück. Nachdem traten beide Häuser zu einer Sitzung zusammen. Im Unterhaus wurde der Vorschlag einer Loyalitätserklärung an den König eingebracht. Die Debatte darüber wurde sofort aufgenommen und wird das Haus während der nächsten Tage beschäftigen. Wie üblich, äußerte sich dazu der Führer der Opposition als erster. Es folgten Ansprachen von Lloyd Georges und dem Ministerpräsidenten.

Macdonald sprach seine Genugtuung aus über die Teilnahme des Außenministers Chamberlain an der Völkerbundtagung in Rom und er betonte, daß es für die britische Regierung von größter Wichtigkeit sei, ihre Interesse für den Völkerbund zu bezeugen. Die Frage des Genfer Protokolls berüchtigt, meinte Macdonald, daß die Besprechungen mit den Dominions nicht zu weit hinausgeschoben werden sollten, da sie eine Verzögerung der Abrüstungskonferenz verursachen könnten. Er hoffe, daß man nicht wieder zum System der Bündnisse zwischen Staatengruppen zurückkehren möge, wie das vor dem Kriege der Fall war. Ein derartiges System könne nie den Frieden und die internationale Zusammenarbeit gewährleisten. Die Art der Behandlung der russischen Frage in der Thronrede bezeichnet Macdonald als sehr milde im Gegensatz zu den von seinen politischen Gegnern während der Wahlkämpfe über diese Frage gemachten Vorwürfen. Die Lösung der englisch-russischen Verträge unterzog Macdonald einer energiegelassen Kritik. Dann meinte der Redner, daß er nicht verstehe, wie die Regierung ihrer Politik Wirkung verleihen könne ohne Einführung der Lebensmittel-

zölle. Am Schlusse seiner Ausführungen erklärte Macdonald, das Land habe bereits über die Tarifpolitik sein Urteil gefällt.

Lloyd George erwiderte darauf in seiner Rede, daß Macdonald besser getan hätte, seine Beschwerden über die Auswüchse des Wahlkampfes anderen zu überlassen. Er sei zufrieden, daß die Regierung ihren Wunsch klar zum Ausdruck gebracht habe, trotz der Zurückweisung der englisch-russischen Verträge keinen Bruch mit der Sowjetregierung herbeizuführen. Es sei auch sehr zu begrüßen, daß das Genfer Protokoll eingehend geprüft werde. Lloyd George bedauerte, daß in der Thronrede die Frage der interalliierten Schulden nicht erwähnt worden sei. Großbritannien habe die höchsten Steuern zu bezahlen. Die Tatsache sei nicht zu vergessen, daß England seinen Verbündeten zwei Milliarden Pfund Sterling geliehen und eine weitere Milliarde für sie aufgenommen habe. Wenn Großbritannien sich nicht für seine Verbündeten verbürgt hätte, so hätte es nicht nötig gehabt, die drei Milliarden aufzunehmen. Es ergibt sich nun, daß England für drei Milliarden Pfund Sterling Zinsen für seine Verbündeten zahlen müsse. Das mache einen Betrag von 130 Millionen Pfund jährlich aus und entspreche einer Besteuerung von 2 Schilling pro Kopf der Bevölkerung. Es sei nicht schön, seine Freunde zu Begleichung der Schulden zu drängen, doch die Vereinigten Staaten haben nicht gezögert, das zu tun. England habe ein Anrecht auf die Frage, ob es bis in alle Ewigkeit für seine Freunde Zinsen an Amerika zu zahlen habe, oder nicht.

Der Ministerpräsident teilte zu Beginn seiner Rede mit, daß der Außenminister zum Wochenende nach London zurückkehren werde. Anfang nächster Woche könnten daher die Besprechungen der politischen Lage in Angriff genommen werden. Der Außenminister würde ebenfalls eine eingehende Aussprache über die russischen Fragen und die Flottenstation in Singapur herbeiführen.

Dabei haben wir wirklich nicht viel Zeit, uns aus irgendwelchen „Grundfähigkeiten“, aber überflüssigen Überlegungen und Erwägungen heraus den Luxus eines großen Ruhmandels zu gestatten. Schon ist angekündigt, daß die Entente in der Frage der Räumung der Söliner Zone von dem Versailler Vertrag abweichen will. Wir müssen daher schnellstens eine kräftige aktiv handelnde Regierung zustandebringen können

## Herriot gegen ein Moratorium für Deutschland.

Paris, 9. Dezember. Der frühere Finanzminister Klotz hat den Ministerpräsidenten heute nachmittag in der Kammer ersucht, sich genauer zu der von Stresemann im letzten August vertretenen Auffassung zu äußern, wonach Deutschland kraft Artikel 234 des Versailler Vertrages auch nach Inkrafttreten des Sanierungsgesetzes ein Moratorium beanspruchen könne.

Klotz: Wir bitten um Klarheit, wie die für das Aufbaugesetz vorgesehenen Gegenleistungen Deutschlands nicht gefährdet werden. Die Verpflichtungen, die Stresemann im Namen seines Landes eingegangen ist, dürften nicht zu einem Papierfetzen werden.

Herriot: Der Text des Londoner Abkommens gibt Ihnen die genügenden Aufschlüsse. Artikel 6 des Protokolls sieht vor, daß die Ausführung des Planes technischen Änderungen unterworfen werden darf, daß aber die wesentlichen anderen Bestimmungen keine Abänderung erfahren dürfen. Jede Erklärung, daß Deutschland nach der vorbehaltlosen Annahme und Unterzeichnung des Abkommens sich das Recht zu einer Nachprüfung seiner Zahlungsfähigkeit vorbehält, steht im formellen Widerspruch mit dem Dawesgutachten und dem Londoner Abkommen.

Klotz erklärte sich von der Mitteilung des Ministerpräsidenten befriedigt. Interessant ist, daß Klotz die Frage bereits früher stellen wollte, doch auf ausdrückliche Bitte des Ministerpräsidenten hin erst die deutschen Wahlen abwartete.

## 493 Reichstagsabgeordnete.

Berlin, 9. Dezember. Nach den weiteren Berechnungen des Statistischen Reichsamtes dürfte sich der zukünftige Reichstag aus 493 Abgeordneten zusammensetzen. Davon sind nach der Reihenfolge der Wahlvorschläge:

Sozialdemokraten	131
Deutschnationale	103
Zentrum	69
Kommunisten	45
Deutsche Volkspartei	51
Nationalsozialisten	14
Demokraten	32
Bayerische Volkspartei	19
Wirtschaftspartei	17
Landbündler	8
Deutschnanner	4

Dieses Ergebnis kann als das endgültige vorläufige Ergebnis der Berechnungen angesehen werden.

## 30 195 369 gültige Stimmen.

Die Meldungen der Kreiswahlleiter, die bis heute beim Reichswahlleiter eingegangen, ergeben folgende Stimmenverteilung bei der Wahl: Sozialdemokraten 7 859 433, Deutschnationale Volkspartei 6 180 281, Zentrum 4 117 481, Kommunisten 2 698 956, Deutsche Volkspartei 3 046 493, Nationalsozialistische Freiheitsbewegung 901 601, Demokraten 1 915 187, Bayerische Volkspartei 1 120 752, Wirtschaftspartei und Bayerischer Bauernbund 999 763, Landbund 498 003, Deutsch-Hannoversche Partei 262 569, Gaueverbund 10 168, Unabhängige 98 533, Starbünd 193, Deutsche Aufwertungs- und Aufbauarbeit 92 556, Freiwirtschaftsbund 39 162, Deutschsoziale Partei 157 835, Christlich-soziale Volksgemeinschaft 41 373, Nationale Minderheiten Deutschlands 92 565, Deutschvölkische Reichspartei 3 383, Aufwertungs- und Wiederaufbaupartei 22 281, Mieterpartei Deutschlands 283, Partei für Volkswohlfahrt 32 236, Deutschchristliche Volkspartei 4 342. Summe der abgegebenen gültigen Stimmen 30 195 369.

## Regierungsbesprechungen.

Berlin, 9. Dezember. Nachdem nun das vorläufige Wahlergebnis vorliegt, werden die Regierungen des Reiches und der Länder zusammenzutreten, um zu den Ergebnissen der Wahlen Stellung zu nehmen. Reichskanzler Marx kehrt morgen nach Berlin zurück, und unter seinem Vorsitz tritt alsbald das Reichskabinett zusammen, um sich über die notwendigen Schritte schlüssig zu werden.

## 450 preussische Abgeordnete.

Nach dem jetzt genauer festgestellten vorläufigen amtlichen Wahlergebnis sind bei der preussischen Landtagswahl abgegeben worden 18 326 061 gültige Stimmen, so daß 450 Abgeordnete gewählt sind. Davon entfielen:

	Stimmen	Mandate
Sozialdemokraten	4 557 429	114
Deutschnationale	4 345 996	109
Zentrum	3 223 593	81
Kommunisten	1 762 467	44
Deutsche Volkspartei	1 790 846	45
Nationalsozialisten	453 717	11
Demokraten	1 078 557	27
Wirtschaftspartei	452 539	11
Deutschnanner	259 370	6
Nationale Minderheiten	88 203	2
Unabhängige	67 206	0
Christlich-Soziale Volksgemeinschaft	37 459	0
Deutschsoziale	113 607	0
Freiwirtschaftsbund	13 320	0
Aufwertung und Aufbau	41 248	0

Einige tausend weitere Stimmen entfielen noch auf die übrigen Splittergruppen.

Das preussische Kabinett ist heute unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Braun zusammengetreten. Auf der Tagesordnung stehen Fragen der laufenden Geschäfte, jedoch rücken die Folgen des preussischen Wahlergebnisses, das endgültig vorliegt, in den Mittelpunkt der Erörterungen.